



Nr. 544. Mittag-Ausgabe.

Neunundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 20. November 1878.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

1. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 19. November.
1½ Uhr. Die Sitze am Ministerstisch sind nicht besetzt. Die Mitglieder des Hauses sind sehr zahlreich versammelt.

Präsident v. Bennigsen: Ich eröffne die Sitzung auf Grund des § 1 der Geschäftsordnung, deren Gültigkeit für diese Session Sie nicht beanspruchen. Nach dieser Bestimmung haben die Präsidenten der vorigen Session ihre Funktionen bis zur Wahl des ersten Präsidenten fortzuführen. — M. h! In dem Augenblick, wo der Landtag sich versammelt, erreicht uns die Nachricht von dem zum Glück ohne ernsthafte Erfolg gebliebenen mörderischen Angriff auf den Herrscher eines befreundeten Landes. Dieses Verbrechen ruft mit erneuter Lebhaftigkeit die Erinnerungen und die Gedanken in uns hoch an die Schreckenstage des Frühjahrs, an die Gefahr, in welcher das Leben unseres allernächsten Kaisers und Königs zu zweien Malen geschwobt hat; die Gefüße freudiger Dankbarkeit über die Erhaltung des Lebens Sr. Majestät, aber auch gleich schmerlicher Trauer darüber, daß bis heute die Folgen des zweiten Attentates den König gehindert haben, die Regierung selbst zu führen. Meine Herren! Die ersten und gefährdenden Zustände der heutigen Zeit drängen mit verdoppelter Kraft die Vertreter des preußischen Volkes, sich in Treue und Hingabe zu scharen um die Monarchie, als die feste Grundlage unserer gesamten Staats- und Rechtsordnung, um den König und die Dynastie des Landes. Stimmen Sie deshalb bei Beginn unserer Geschäfte lebhaft mit mir ein in den Ruf: Se. Majestät der Kaiser, König Wilhelm lebe hoch! Das Haus stimmt drei Mal mit Begeisterung ein.)

Als Schriftführer beruft der Präsident die Abg. Haude, Grüterling, Lutteroth und Sadse und heißtt dem Hause das Verzeichniß der bisher eingegangenen, zum Theil bereits den Mitgliedern gedrückt zugekommenen Vorlagen der Staatsregierung mit: 1) betreffend die Ausführung der deutschen Civilprozeßordnung; 2) betreffend die Übergangsbestimmungen zur deutschen Civilprozeßordnung und deutschen Strafprozeßordnung; 3) betreffend die Zwangsvollstreckung gegen Beneficiaryen und das Aufgebot der Nachlaßgläubiger im Geltungsbereich des allgemeinen Landrechts; 4) betreffend die Ausführung der Concursordnung; 5) Gesetzentwurf, betreffend die Reorganisation der sächsischen Domstifte Merseburg, Naumburg und Zeitz; 6) ein Feld- und Forstpolizeigesetz; 7) ein Nachtragsetz vom 1878/79, betreffend die Matricularbeiträge; 8) Nachweisung über die Erhebung der Einkommen- und Klassensteuer im Jahre 1878/79; 9) Gesetzentwurf, betreffend die Verwendbarkeit der unter Nr. 6 im § 1 des Gesetzes vom 17. Juni 1874 für den Bau der Eisenbahn von Dortmund nach Oberhausen resp. Sterkrade nebst Bahnbahnen bewilligten Geldmittel (von dem bewilligten Credit von 18,900,000 M. sollen bis zur Höhe von 3,600,000 M. zur Herstellung von Bahnanbindungen der Dortmund-Oberhausener Bahn mit Zechen und anderen industriellen Etablissements als auch zu Borsüßen zu den Baukosten dieser Bahnanbindungen verwendet werden); 10) Gesetzentwurf, betreffend die Erweiterung der durch das Gesetz vom 20. April 1869 für das Anlage-Capital einer Eisenbahn von Finnentrop über Olpe nach Rothemühle im Biggehale übernommenen Zinsgarantie; 11) Gesetzentwurf, betreffend die Erwerbung von Grundstücken zum Neubau der geburtsstiftlichen Klinik der Universität zu Berlin (1,200,000 M.); 12) eine Benachrichtigung des Präsidiums und des Hauses bezüglich der im Laufe des Jahres stattgefundenen Veränderungen in der Zusammensetzung des Staatsministeriums.

Die Verlozung in die Abtheilungen, die sich morgen constituiren werden, findet nach der heutigen Plenarsitzung, die um 1¼ Uhr schließt, statt, die nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. (Wahl der Präsidenten und der Schriftführer.)

Herrenhaus. 1. Sitzung vom 19. November.

1½ Uhr. Am Ministerstische Graf zu Stolberg und Leonhardt. Präsident Herzog von Ratibor übernimmt als Präsident der vorigen Session den Vorstih und eröffnet die Sitzung mit folgenden Worten: Nach gewohnter guter Sitte haben wir im Herrenhouse unsere Berathungen stets mit der Befindung unserer Ergebenheit und Treue gegen Seine Majestät unseren Allernächsten Kaiser und König begonnen. Heute haben wir eine besondere Veranlassung dazu; durch Gotts gnädige Fügung ist unser Allernächster Herrscher, unser geliebter Landesvater, bei zwei gegen ihn geplanten frevelhaften Attentaten wenigstens dem Aeufersten entgangen, diese Beschämung und erste Trauer wird für immer jedes preußisch-patriotische Herz erfüllen, daß diese Unthaten in der Hauptstadt des Vaterlandes vorommen und gegen einen Monarchen geübt werden konnten, welcher der ruhmreichen Geschichte Preußens neue Blätter hinzugefügt, Deutschland zu einem Ganzen geeinigt hat und erwarten durfte, daß als schönster Dank und theuerstes Kleinod sein Leben von Seiten seiner Untertanen mit angestlicher Sorgfalt gehütet und mit unverbrüchlicher Treue bewahrt werde. Diese schwarzen Thaten der Attentate werden wir, so sehr wir auch danach ringen, aus unserer Geschichte leider niemals tilgen können, aber sie sollen auch Zeugnis davon geben, daß bei der Bewegung, welche jene in Preußen unternommen und in der Geschichte noch nie dagewesenen Frevelthaten erzeugten, das tief verleste patriotische Gefühl, die Flamme heiliger Begeisterung für König und Vaterland hoch empor trieb, und so wollen auch wir Zeugnis davon geben und ich bitte Sie, mit mir einzustimmen in den Ruf: Se. Majestät, unser Allernächster Kaiser und König, er lebe hoch! (Die Mitglieder erheben sich und stimmen dreimal lebhaft in den Ruf ein.)

Der Präsident beruft zu provisorischen Schriftführern die Herren Theune, Dernburg, Graf Bieten-Schwerin und Diez.

Den berufenen sind Advocat-Anwalt Adams aus Koblenz, v. Bredow,

v. Heynitz, Domprobst Holzer aus Trier, Lindemann, v. Laczanowski, Teßmann aus Greifswald, von der Osten-Blumentberg, Hache, von Woyrich,

Fürst von Wied und von Oldenburg. Davon sind bereits eingetreten von

Bredow, v. Heynitz, Teßmann, v. Woyrich, von der Osten, Hache und Fürst von Wied.

Der Namensanruf ergibt die Anwesenheit von 70 Mitgliedern, die von 60 genutzt zur Beschlusfschreit. Es wird deshalb sofort zur Wahl des ersten Präsidenten geschritten, bei welchem Acte Herr von Bernuth den Vorstih führt. Es werden 72 Zettel abgegeben, von denen 66 den Namen Herzog von Ratibor tragen; Graf Udo Stolberg, Hasselbach und v. Bernuth erhalten je eine Stimme, 3 Zettel sind unbeschrieben.

Herzog v. Ratibor; Ich nehme die auf mich gefallene Wahl dankbar an und werde mich bemühen, den Anforderungen des mir übertragenen Amtes nach bestem Kräften zu entsprechen; ich bitte hierbei um daß mir schon früher beigebrachte Wohlwollen und um Ihre Nachsicht.

Bei der Wahl des ersten Vicepräsidenten werden 73 Zettel abgegeben, davon sind 5 unbeschrieben; die absolute Majorität der gültigen Stimmen beträgt 35; es haben erhalten v. Bernuth 32, v. Armin-Boisenburg 23, Graf Udo Stolberg 10, Hasselbach 2 und v. Armin-Kröchlendorf 1 Stimme. Da eine absolute Majorität mittbin nicht erzielt ist, muß zu einer engeren Wahl geschritten werden, zu der die 5 Kandidaten kommen, welche die meisten Stimmen erhalten haben. Bei der engeren Wahl wurden 74 Stimmen abgegeben, von denen Graf Armin-Boisenburg 40, v. Bernuth 32, Graf Udo Stolberg 1 erhält. — Graf Armin ist also gewählt und nimmt die Wahl mit aufrichtigstem Dank an.

Bei der Wahl des zweiten Vicepräsidenten werden 71 Stimmen abgegeben, von denen Herr Hasselbach 70, Herr v. Bernuth 1 erhält. Der Erste nimmt die Wahl dankend an.

Auf den Vorschlag des Grafen Mittberg wählt das Haus die Herren Dernburg, Diez, v. Gordon, Graf v. Königsmarck-Blasie, v. Neumann, v. Schöning, Theune und Graf Bieten-Schwerin durch Acclamation zu Schriftführern.

Somit ist das Haus constituit; die Anzeige Allerhöchsten Ortes wird gemacht, werden und bitten der Präsident um die Ermaßigung, in geeigneter Weise die Theilnahme des Hauses wegen der an der geheiligten Person Sr. Majestät verübten Frevelthaten, sowie Freude über die Wiedererhebung auszusprechen zu dürfen.

Der Präsident heißtt mit, daß folgende Entwürfe eingegangen sind:

1) Entwurf einer Schiedsmannsordnung; 2) betreffend die Elbzoll- und

Rheinschiffahrtsgerichte; 3) betreffend die Abänderung des Grundbuchwesens im Bezirk des Justizratsats Ehrenbreitstein und im Jähdegebiet; 4) betreffend die Vereinfachung von Kaufahrtesschiffen in Hannover; 5) betreffend die Consiste bei gerichtlichen Verfolgungen wegen Amts- und Diensthändlungen; 6) betreffend die Kompetenzconflikte zwischen gerichtlichen und Verwaltungsbehörden und 7) wegen anderweiter Fassung des § 41 des Gesetzes über den Unterstützungswohnflug.

Die Abtheilungen werden sich am Mittwoch um 11 Uhr constituien und die Fachkommissionen wählen.

Schluß 3 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch, 12 Uhr. (Berathung über die geschäftliche Behandlung der Vorlagen.)

Berlin, 19. Novbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Major a. D. und Rittergutsbesitzer Freiherrn von Patow auf Mallendorf im Kreise Calau den Stern zum Königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse und dem Stabsaufseiter Schröder beim Ostpreußischen Infanterie-Regiment Nr. 78 das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Der bei der Oberösterreichischen Eisenbahn angestellte Königliche Eisenbahn-Baumeister Piossek zu Ratibor ist in gleicher Eigenschaft nach Kattowitz versetzt worden.

Berlin, 19. Novbr. [Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] arbeitete gestern Vormittag von 11 Uhr ab mit dem Chef des Civil-Cabinets und empfing um 2 Uhr den aus Wiesbaden eingetroffenen Grafen von Arnim-Zichow, Flügel-Adjutanten Sr. Majestät des Kaisers und Königs. Abends stattete Se. Durchlaucht der Fürst von Wied den höchsten Herrschaften einen Besuch ab. (R.-Anz.)

Berlin, 19. Novbr. [Die Rede zur Eröffnung des Landtages. — Von der Kriegsmarine.] Offiziell wird geschildert: Die heutige Eröffnungsrede des Landtages kommt dem vielfach ausgesprochenen Wunsche nach, daß der jetzige Minister des Internen über seine Absichten in Betref der Verwaltungsreform sich ausspreche. Die Durchführung des Reformwerks für die gesamte Monarchie wird als nach wie vor zu den nächsten Zielen gehörig bezeichnet, welche die Staatsregierung im Zusammenwirken mit der Landesvertretung zu erreichen hofft. Zu einem solchen Vertrauen ist Graf Eulenburg, obgleich er als Minister noch nicht mit dem Abgeordnetenhaus verfehrt hat, durch seine Wirksamkeit im Reichstag wohl berechtigt. In den Neuersungen der Eröffnungsrede über die Hindernisse, welche den Abschluß des Unterrichtsgesetzwurfs noch nicht gestattet haben, wird man ebenfalls das Entgegenkommen gegen die berechtigten Wünsche der Landesvertretung nicht verneinen. Außer den in der Eröffnungsrede erwähnten Vorlagen werden noch einige von provinzieller Bedeutung eingebrochen werden, unter denen eine über die Reform der hessischen Bodenversicherungsanstalt in Kassel und ihre Überleitung in die kommunalständische Verwaltung. Dieselbe lag schon im vorigen Jahre dem Abgeordnetenhaus vor, deren Wünsche bei der neuen Redaction vielfach berücksichtigt worden sind. Eine andere nachträglich einzubringende Vorlage betreffs der Gerichtsschreiber und eine andere die Zwangsvollstreckung gegen unbewegliches Eigentum. — Durch eine Verfügung des Chefs der Admiraltät vom 14. November werden den Schiffskommandos Maßregeln zur Verhütung der Einschleppung des gelben Fiebers emsyothen mit Rücksicht auf die Verbreitung dieser Krankheit in den amerikanischen Häfen. — In der ersten Hälfte d. M. sind außer Dienst gestellt worden: das Schiff „Elisabeth“ in Danzig am 2. November, das Schiff „Sachsen“ am 8. und das Schiff „Preußen“ am 9. letztere beiden in Kiel.

Berlin, 19. Novbr. [Die Landtagseröffnung. — Die Abgeordneten über die Thronrede. — Die Zollpolitik. — Deutsch-Österreichischer Handelsvertrag. — Dr. Wolff. — Einführung Forckenbeck's. — Abgeordnetenwahlen. — Stadtverordnetenwahlen. — Gesundheits-Amt für Berlin.] Die Abwesenheit des Kaisers bei der heutigen Eröffnung der beiden Häuser des Landtages im Weißen Saale des kgl. Schlosses macht es erklärlich, daß der sonst feierliche Staatsact diesmal nur mit einem geringen Aufwande von üblichem Hofceremonial in Scene ging. Die Würde der beiden Häuser des Landtages wurde indessen durch die Vereinfachung des Ceremoniells nicht gerade beeinträchtigt. Ist man doch schon daran gewöhnt, daß der verhüllte Thronstuhl im Weißen Saale gleichzeitig die Bedeutung hat, daß von äußerem Glanz Abstand genommen wird. Davor prostierte auch die geringe Anzahl der Mitglieder des Herrenhauses und Abgeordnetenhaus, die nur vereinzelt in Uniform erschienen, während einige sogar den landesüblichen Tracht bei Seite ließen und in Winter-Überziehern dem Staatsact beinhoben. Das diplomatische Corps glänzte durch seine Abwesenheit; nur einer der langjährigen Repräsentanten des himmlischen Reiches und der unbekannte Attaché einer Gesandtschaft nahmen in der Diplomatengasse Platz. Vom Hofe war Niemand zugegen. Die Ministerthaten in ihrer äußeren Erscheinung das Mögliche, indem sie in großer Uniform erschienen. Der Vicepräsident des Staatsministeriums, Graf zu Stolberg-Wernigerode, verlas die Thronrede ohne Accenturierung, worauf sich die Versammlung mit dem üblichen Hoch auf den Kaiser trennte. — Der Eindruck der Thronrede auf die Mitglieder des Abgeordnetenhauses war je nach der Stellung der Parteien ein verschiedener. Von conservativer Seite wurde zumeist dasjenige gelobt, was von Gesetzesvorlagen in der Thronrede zwar erwähnt, aber nicht an das Haus gelangt ist. Dazu gehörten vor Allem: Die Übertragung der Selbstverwaltungsgesetze auf die westlichen Provinzen, das Unterrichtsgesetz und die Vorlegung eines umfassenden Planes für den Bau von Canälen. Mit anderen Worten: Die Conservativen freuen sich der Pause, welche nach langen Jahren zum ersten Male in der Gesetzgebung Preußens eingetreten ist und dem Gesetzgeber wie der breiten Masse des Volkes gefallen, Athem zu holen, um — an eine Revision der bisherigen legislatorischen Dampffabrikate zu denken. Dieser Gedanke ist es eben, der die anderen Parteien nicht zur Ruhe kommen läßt. Von dieser Seite sagt man, daß der Stillstand in der Gesetzgebung gleichbedeutend mit dem Rückgang sein würde und daß mit der Revision das Hinausrediren liberaler Bestimmungen gemeint sei. Mit diesem Skapticismus soll der Standpunkt gekennzeichnet werden, den ein ansehnlicher Theil des Hauses gegenüber den neuen Ministern einnimmt. Deshalb will es den Liberalen nicht gefallen, daß Graf Eulenburg die Durchführung der Selbstverwaltung für die ganze Monarchie ins Unbestimme verlagt hat. Auch wollen sie nicht erkennen, wie weit die Fähigkeit der Minister Hobrecht und Maybach für jene Aufgaben der wirtschaftlichen und Finanz-Reform, sowie des Eisenbahn-Wesens reicht, welche

die Thronrede verzeichnet. Nicht unbedeutlich geben die Abgeordneten ihrem Misstrauen dahin einen Ausdruck, daß sie die beiden Minister nur als die Pioniere der Wünsche des preußischen Ministerpräsidenten gelten lassen wollen, während sie dazu bestimmt sind, anderen Männern Platz zu machen, sobald die Neuwahlen für das Abgeordnetenhaus die Bildung neuer Parteien und namentlich einer großen ministeriellen Phalanx ergeben haben. Nicht recht begreiflich ist es, daß in der Thronrede die Finanznot des Staates ziemlich rücksichtslos geschildert und von Reichsteuern sowie von einer preußischen Anleihe Hilfe erwartet wird, während andererseits die Regierung dem staatlichen Erwerb von Action-Eisenbahn-Unternehmungen das Wort redet. — Das Interesse, welches alle Welt den Zollfragen entgegenträgt, seit die verschiedenen Enquete-Commissionen hier versammelt sind, ist noch verdoppelt worden, durch den Brief des Reichstanzlers an den Bundesrat, worin die Einsetzung einer Commission zur Revision des Zolltarifs gefordert wird. Daß diese Revision in einem den Anschauungen der produzierenden Interessenten entsprechenden Sinne eingeleitet werden soll, darüber täuschen sich auch die freiändlerischen Kritiker nicht. Ein eigenthümlicher Zufall hat es gewollt, daß in den selben Augenblick, in welchem der Antrag des Reichskanzlers in die Öffentlichkeit gelangt, ein dem Abg. Lasker zugeschriebener bemerkenswerther Artikel in der „Berl. autograph. Corresp.“ erscheint. Derselbe wird als eine Warnung an die Regierung aufgefaßt, dahingehend, sie möge sich nicht der Annahme hingeben, daß sie in der bekannten Erklärung der 204 Reichstags-Abgeordneten bereits die Zustimmung der Mehrheit des Reichstages und der Bevölkerung zu einem völligen Wechsel der Handels- und Zollpolitik ausgesprochen erhalten habe. — Man erwartet, daß sich Minister Hobrecht in seiner die Staatsverhältnisse einleitenden Finanzrede mit einigen Worten über den Stand der Frage bezüglich einer Verlängerung des deutsch-österreichischen Handelsvertrages oder eines eventuellen Ersatzes dafür aussprechen werde, obgleich der Landtag direct nichts mit diesen Angelegenheiten zu thun hat. Das große Publikum kann nur den Wunsch haben, möglichst rasche und genügende Aufklärung zu erhalten. — Blätter, von denen man annehmen zu dürfen glaubte, daß sie mit den leitenden Regierungskreisen nicht ohne Fühlung seien, haben in letzter Zeit mehrfach die Einrichtung von deutschen Colonien bald in zustimmendem Sinne erörtert, bald auch gerade heraus empfohlen. Dem gegenüber ist nun die Entscheidung sehr bemerkbar, mit welcher gestern Abend der amliche „Reichs- und Staatsanzeiger“ (allerdings zunächst gegen die Insinuationen französischer Blätter) darauf aufmerksam machte, daß von Seiten Deutschlands schon zu wiederholten Malen „in authentischer Form“ erklärt worden sei, die Erwerbung oder Gründung transatlantischer Colonien werde durchaus nicht beabsichtigt. — Dr. Hermann Becker (Oberbürgermeister von Köln) zeigt den am Sonntag in Köln erfolgten Tod des langjährigen Redacteurs der „Rheinischen Zeitung“, Dr. Gustav Wolff aus Lampern an. Derselbe wurde im Anfang des Jahres 1873 von einem Schlaganfall betroffen, von dem er sich nie wieder ganz erholen sollte. — Der Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Straßmann, der, wie schon erwähnt, seine Demission zurückgenommen, hat der heute an die Mitglieder der Versammlung abgesandten Einladung zur Sitzung am Donnerstag die Bemerkung beigefügt, daß in dieser Sitzung die feierliche Einführung des Oberbürgermeisters v. Forckenbeck in sein neues Amt vor sich gehen solle und die Mitglieder deshalb gebeten werden, in Amtstracht und mit der Kette zu erscheinen. — Gerade zu rechter Zeit sind gestern noch zwei Ersatzwahlen zum Abgeordnetenhaus vorgenommen worden, so daß die Gewählten gleich im Beginn der Session in das Haus eintreten können. In Einbeck (Hannover) ist mit 183 von 188 Stimmen der bisherige freiconservative Vertreter Rüppell wieder, in Löben (Ostpreußen) an Stelle des Herrn v. Sauken-Tarpitschen der fortgeschrittliche Gutsbesitzer Wegmann neu gewählt. Die Conservativen enthielten sich in Löben der Abstimmung. — Unter ziemlich reger Beteiligung, auch der Socialdemokraten, fanden hier heute die Ergänzungswahlen zur Stadtverordneten-Versammlung in der dritten Abtheilung statt. In allen Bezirken haben die vorher von den Wählerversammlungen mit Stimmenmehrheit proklamierten Candidaten, die meistens identisch sind mit den bisherigen Stadtverordneten, den Sieg davongetragen. Berlin bleibt also diesmal noch vor der Thellnahme eines Socialdemokraten an der städtischen Vertretung bewahrt. — Der hiesige Zweig der deutschen Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege hat in einer gestern Abend unter Vorsitz des Geheimen Ober-Medicinal-Raths Dr. Hirsch abgehaltenen Versammlung einstimmig beschlossen, ein Comité niederzusetzen, das für die Errichtung eines Gesundheits-Amtes für die Stadt Berlin einen Plan ausarbeiten soll.

Berlin, 19. Nov. [Zur Eröffnung des Landtages.] Die Landtagssession hat mit einigen überraschenden Erscheinungen begonnen. Bis jetzt ist es noch niemals vorgekommen, daß am Eröffnungstage bereits in beiden Häusern eine so stattliche Reihe von Vorlagen zur Vertheilung kommen könnte, wie es heute der Fall war; gleichwohl befindet sich der Staatshaushalt noch nicht unter den Eingängen. Man wird damit wohl bis zu der Einleitungsrede des Finanzministers warten, welcher für Donnerstag entgegenzusehen ist. Noch überraschender war die Ablehnung der Wiederwahl des Herrn v. Bernuth zum ersten Vicepräsidenten des Herrenhauses und die Wahl des Grafen Armin-Boisenburg (früheren Oberpräsidenten von Schlesien) an seiner Stelle. Auf die Qualification des Herrn von Bernuth für die Geschäftsführung kann sich die heutige Wahl nicht füglich beziehen; man wird sich erinnern, daß derselbe mit größter Umsicht und Unparteilichkeit den Verhandlungen des Hauses viele Monate hindurch in Stellvertretung des damaligen ersten Präsidenten Grafen Stolberg-Wernigerode (des jetzigen Vicepräsidenten des Staatsministeriums) präsidirt hat. Offenbar handelt es sich darum, gegen ein Herrenhausmitglied, welches im Reichstage der national-liberalen Fraction angehört, zu demonstrieren. Interessant ist dabei, daß die sogen. „Neue Fraction“, welcher Herr v. Bernuth und auch sein siegreicher Nebenbuhler, Graf Armin, angehört, dazu die Hand geboten hat.

Hildesheim, 19. Nov. [Wahl.] Bei der gestern im 21. Hanoverschen Wahlkreise (Einbeck) stattgehabten anderweitigen

Darmstadt, 19. Nov. [Bulletin.] Nach dem heute ausgegebenen Bulletin dauert die Besserung im Besinden des Großherzogs fort. — Bei dem Erbgroßherzog zeigte sich gestern Abend eine kurze Fiebererscheinung, nach deren Verlauf sich etwas Heiserkeit und eine geringe Ausdehnung der diphtheritischen Membranen einstellte. Das Besinden der Prinzessin Irene ist ein befriedigendes.

Schweiz.

Bern, 12. Novbr. [Wahl in Genf.] Der Sieg, den die liberal-conservative Partei des Kantons Genf, welche sich jetzt die demokratische nennt, über die radical-liberale Partei bei der Neuwahl des Grossen Raths errungen, bestätigt sich vollständig. Im Wahlbezirk, schreibt man der „K. B.“, gingen von den hier zu wählenden 44 Deputirten 43 Candidaten der demokratischen Liste und nur ein einziger der radical-liberalen durch, welch letztere Wahl, da sie den Chef dieser Partei, den bisherigen Staatsrats-Präsidenten Carteret, betrifft, freilich von höherer Bedeutung ist, als irgend eine der anderen Wahlen. Die Zahl der in diesem Wahlbezirk abgegebenen gültigen Stimmzettel betrug 5018; die Zahl der zu Gunsten der Demokraten gesunkenen Stimmen stieg von 2558 bis auf 4988. Im Wahlbezirk des linken Rhone-Ufers, welcher ebenfalls 44 Deputirte zu wählen hat, betrug die Durchschnittsmehrheit zu Gunsten der Demokraten bei 4906 eingegangenen gültigen Stimmzetteln 1279 Stimmen und im Wahlbezirk des rechten Rhone-Ufers, wo die ganze 22 Namen zählende demokratische Liste siegte und 2350 gültige Stimmzettel waren abgegeben worden, stiegen die Stimmen zu ihrem Gunsten von 1185 bis auf 2327. 31 Namen befanden sich gleichzeitig auf beiden Listen. Die neue demokratische Mehrheit berechnet man jetzt auf 85 Mitglieder gegen eine aus 25 Mitgliedern bestehende radikale Minderheit.

Italien.

Rom, 13. Novbr. [In Betreff der Beleidigung der Katholiken an den Wahlen] schreibt man der „K. B.“: Ganz verschiedenartig sind die Stimmen, die sich unter den italienischen Liberalen über die bevorstehende Theilnahme der „Katholiken“ am politischen Leben erheben. Es gibt Pessimisten, die in dem Zusammentreffen dieser Wendung mit der angelaufenden Erweiterung des Wahlrechtes eine unmittelbare Gefahr für den Bestand des italienischen Einheitsstaates erblicken. Dazu gehören alte, bewährte Kämpfen der liberalen Partei und in der Presse die Organe, welche die Anschauungen des um Minghetti gescharten Kreises zu vertreten pflegen. Ihren warnenden Stimmen gegenüber, die sich augenblicklich mit besonderer Vorliebe auf die Folgen des allgemeinen Stimmrechts in Deutschland zu berufen pflegen, macht sich in anderen Kreisen die Zuversicht geltend, dass die Macht der Thatsachen und des Bestehenden die neuen, unbekannten Faktoren des politischen Kampfes innerhalb der Schranken der Verfassung halten werde. Es ist das im Ganzen noch eine Rechnung mit einfachen Wahrscheinlichkeiten und Voraussetzungen. Vor Allem würde es gelten, die geheimen Triebfedern und Absichten der Stimmführer zu ergründen. Man kennt die Aufrichtigkeit der Führer dieser katholischen Opposition in allen Ländern. Sie halten sich bei Allgemeinheiten, sie wollen „die Rechte der Kirche schützen“. Aber wie weit erstreckt sich dieser Schutz auf praktischem Gebiet? Ist es namentlich in Italien nicht ein „Recht der Kirche“, dass die Einheit aufgehoben und die Souveränität des Papstes wieder hergestellt werde? Darüber wird man bei Don Margotti, dem freisinnigen Director der „Unita Cattolica“ zu Turin, schwerlich klare Auskunft erhalten. Indessen verrathen sich die Hintergedanken dieser Leute schon durch ihre Taktik. Wenn die Theilnahme der Katholiken am politischen Leben erlaubt und nützlich ist, warum hält man dann unter den jetzigen Verhältnissen noch zurück? Warum wartet man den Augenblick ab, wo die Erweiterung des Wahlrechtes blinde Massen und zerstörende Elemente frei machen wird? Zeigt das nicht deutlich, wohin Margotti und seine jesuitischen Genossen hinauswollen? Sie sind darin auch prinzipiengetreu, und man begreift die Schwierigkeit, die der Papst haben muss, sich mit diesen Ultras zurechtzufinden. Leo selbst soll keineswegs einen revolutionären Zweck dieser neuen Schillerbung beabsichtigen. Man versichert sogar, dass er entschlossen sei, den Vertretern derselben offen entgegentreten, indem er die Katholiken im gegebenen Augenblick an die Urne ruft, auf dass sie „rechtschaffene und verständige Leute zu Deputirten wählen“, zugleich aber ein Schreiben an den König erlässt, in welchem er die Beweggründe seines Entschlusses darlegt: dass viele Unstände in Italien überhand genommen haben und dass er deshalb die Katholiken aufruft, dem Unheil zu wehren. Dieser Schritt aber bedeute nicht Krieg gegen die Monarchie, sondern nur Schutz der Kirche und der Seelen. Kommt dieser Entschluss wirklich zur Ausführung, so wäre damit auch schon die Art und Weise vorgezeichnet, wie die Curie sich der ihr von der „politischen Partei“ des Centrums in Deutschland in den Weg gelegten Hindernisse entledigen könnte. Ein Schnitt durchs Taschentuch nach jener Richtung hin liegt in der Luft.

Belgien.

Brüssel, 13. Nov. [Präsidentenwahl in der Deputirtenkammer.] — Bürgermeister Anspach.] Guillery vor der äussersten Linken, wurde — so schreibt man dem „Akk. Journ.“ — heute mit 61 gegen 39 Stimmen, die der Clericalen, welche auf ihr Fraktions-Mitglied Thibault fielen, zum Präsidenten der Repräsentantenkammer gewählt, wie der Telegraph schon in Kürze meldete. De Waele, Bürgermeister und Deputirter von Antwerpen, und Decamps, Vertreter von Ath, wurden fast mit derselben Stimmenzahl zum ersten und zweiten Vicepräsidenten gewählt. Diese Wahlen der zweiten Kammer sind als ein Zeichen der neu festigten Einigkeit im Schoße der liberalen Majorität derselben zu betrachten. Dieser Beschluss ward erst gestern in der Partei-Versammlung der Linken und zwar einstimmig gefasst. — Heute Abend war hier das Gerücht verbreitet, der Bürgermeister von Brüssel, Anspach, sei in Nizza, wohin er sich wegen seines sehr leidenden Zustandes begeben, plötzlich kurze Zeit nach seiner Ankunft gestorben. Hoffentlich wird sich diese Höbepost nicht bestätigen. Schon seine Krankheit ist ein schwerer Schlag für Brüssel, wo dieser verdiente Mann sich gerade unter den gegebenen Verhältnissen der Commune fast unentbehrlich gemacht hat.

Großbritannien.

London, 15. Nov. [Indien und Afghanistan.] Das Ergebnis des gestrigen Tages, schreibt man der „K. B.“, war die Veröffentlichung eines zweiten Schreibens des Sir Bartle Frere über die Stellung Indiens zu Afghanistan, nämlich einer vom 11. Januar 1875 datirten „Note“ desselben über Lord Lawrence's Memorandum vom 4. November 1874. Eine schlagerdere Widerlegung der letzten Kundgebungen des Lord Lawrence, so wie der Reden und Briefe Gladstone's und Northbrook's hätte es kaum geben können, und in der That wird der jetzt genannte durch die bloße Erzählung der tatsächlichen Vorgänge von dem Richterstuhl auf die Anklagebank verfetzt. Das Verhältnis des Emirs zu Indien war — darüber sind Alle einig — bei dem Amtsantritte des Lord Lytton von demjenigen zur Zeit Lord Mayo's von Grund aus verschieden. In die Stelle des Vertrauens und der Freundschaft ohne die von England erbetene Bürgschaften war Misstrauen und Feindschaft getreten. Die Ent-

fremdung fällt daher in die Verwaltung Northbrook's und beginnt von der Zeit an, als der Emir im Jahre 1873 einen Gesandten nach Indien schickte, welcher mit unbestätigenden Antworten heimkehrte. Alle von der Opposition vorgebrachten Beweisgründe werden von Frere unter Hinweis auf öffentliche Thatsachen über den Haufen geworfen. In Rhyl behauptete Gladstone, dass ein geborene Gesandte den Dienst in Kabul eben so gut verrichten könnten wie englische; Frere führte dagegen Klagen an, welche schon längere Zeit über die Werthlosigkeit ihrer Berichte ausgesprochen werden. Die Gegner der Regierung behaupten dreist, der Emir werde niemals einen Engländer in Kabul dulden. Frere berichtet, dass Schtr Ali gerade um Beglaubigung eines englischen Gesandten nachgesucht habe und dass er zu Engländern weit grösseres Vertrauen habe, als zu Eingeborenen. Jene sagen, jeder Schritt, welchen die Engländer zur Wahrung ihres und des afghanischen Gebietes thun würden, müsse dem Emir Verdacht einflößen, als sei es auf Einverleibung seines Gebietes abgesehen. Frere betont, dass das Gegentheil der Fall gewesen sei. Nicht unwichtig ist ferner, dass Frere oppositionellen Anklagen gegenüber nachweist, dass die Politik der englischen Regierung durchaus nicht auf Einverleibung Afghanistans hinsicht, sondern im Gegentheil es ähnlich wie Belgien schützen wolle. Kurz und gut, aus dem vor nahezu vier Jahren aufgesetzten Schreiben geht hervor, dass England und Indien jetzt böhnen müssen, was in den Jahren der schüchternen und zaghaften Politik unter Gladstone und Northbrook versehen wurde. Das ist vielleicht gerade, was am meisten schmerzt. Es wird jetzt der Versuch gemacht, eine Agitation gegen einen Krieg mit Afghanistan ins Werk zu setzen und für dieselbe Anhang zu gewinnen. Bisher haben nur unbedeutende Versammlungen stattgefunden, doch hat man ein grösseres Meeting ins Auge gesetzt, für welches Lord Lawrence die Übernahme des Vorsitzes zugesagt hat, derselbe Lord Lawrence, welcher im Jahre 1857 nahe daran war, zaghafter Weise Peschawar ohne Vertheidigung preiszugeben, und nur durch den kategorischen Befehl seines Vorgesetzten daran verhindert wurde. Man soll jedoch den Umfang und Einfluss dieser Agitation nicht zu hoch anschlagen. Charakteristisch ist der nähere Zweck, zu welchem das erwähnte Meeting berufen werden soll. Es wird beabsichtigt, dem Premierminister Vorstellungen dahin zu machen, dass eine baldige Einberufung des Parlaments nothwendig sei. Als ob das Parlament der Regierung die Hand fesseln würde. Derartige Illusionen sind bereits gar zu oft getäuscht worden. Uebrigens, würde auch eine beabsichtigte Vorstellung jedensfalls zu spät kommen. Denn in fünf, längstens sechs Tagen wird die Frage ob Krieg oder Friede entschieden sein. Der Erfolg des abgesandten Ultimatums wird am 20. d. direct von Peschawar hierher telegraphirt werden, und das Cabinet wird dann entscheiden, was zu thun ist. Ist die Lösung: Krieg, so stehen gegen 40,000 Mann bereit an der Grenze. Das „afghanische Comité“, wie sich ein unter dem Vorsitz des Lord Lawrence und des Prof. Fancett zusammentreder Verein nennt, hat inzwischen schon folgendes, dem Premierminister zu überreichendes Gesuch um Einberufung des Parlaments in Umlauf gesetzt, um Unterschriften zu sammeln:

Die Unterzeichneten haben mit Beunruhigung vernommen, dass an den Emir von Afghanistan eine Botschaft gesandt worden ist, auf welche man, unter Androhung sofortiger Kriegserklärung, bis zu einem früheren Zeitpunkte (20. d. M.) eine günstige Antwort verlangt hat. Die Mittheilungen, welche zur Aufklärung dieses Schrittes gemacht worden sind, waren verworren und widersprüchsvoll und mit einer einzigen Ausnahme nicht amtlich. Eine grosse Aufregung z. B. ist zuerst durch eine öffentlich glaubwürdige Mittheilung veranlaßt, dass eine Gesandtschaft des Vicelings an den Emir auf Befehl des letzteren mit grosser Unbeholflichkeit zurückgekehrt wurde, wobei dem vorausgesandten Major Cavagnari angedroht wurde, dass man auf ihn schiessen werde. Dieser Bericht scheint sich späterhin als völlig unwahr herausgestellt zu haben. Es ist auch gesagt worden, dass die Antwort des Emirs auf einen Brief des Vicelings sich durch eine beispiellose Frechheit auszeichne, aber die Richtigkeit dieser Mittheilung ist auch bestritten worden, jedenfalls hat man die Antwort selbst niemals veröffentlicht. In neuerer Zeit ist die einzige amtliche Erklärung, auf welche wir uns bezogen haben, von dem Premierminister ausgangen, welche dahin lautet, dass die Politik der Regierung Ihrer Majestät darauf abgehen habe, die nordwestliche Grenze nach wissenschaftlicher Berechnung zu berichtigten. Jede Vorziehung der gegenwärtigen Grenze ist von einer grossen Mehrheit der höchsten Civil- und Militärpersonen, denen Indien betreffende Erfahrung zur Seite steht, verurtheilt worden und scheint auch mit den gewöhnlichen Grundsätzen der Gerechtigkeit unvereinbar zu sein. Die Regierung versprach am vergangenen 17. August, dass Schriften, welche Aufklärung über mittelasiatische und afghanische Fragen geben würden, in wenig Tagen vorgelegt werden sollten. Diese Schriften sind bis auf den heutigen Tag noch nicht veröffentlicht worden. Große Ausgaben sind schon gemacht worden und stehen noch bevor, und noch weit grössere werden bevorstehen, wenn die Politik der Regierung noch weiter fortgesetzt wird. Diese Ausgaben sind, wenn sie von dem Vereinigten Königreiche getragen werden, ohne Zustimmung des Parlaments gemacht; wenn sie von Indien getragen werden, ohne Zustimmung des indischen Rethes. Wir erheben Einspruch gegen weitere Schritte, die in einem Sinne gethan werden, der unpolitisch und ungerecht erscheint, bis der Nation die vollkommenste Aufklärung gegeben ist und bis die Zustimmung derselben durch ihre Vertreter erlangt worden. Wir fordern daher, dass das Parlament unverzüglich ein-

und wie erfolgreich das Bemühen war, beweist der Vergleich mit den statthabenden Mittheilungen anderer Großstädte. Ausgezeichnet ferner durch Klarheit, Übersichtlichkeit und Eleganz der Darstellung sind die beiden letzten Verwaltungsberichte des Magistrats zu Breslau, welche Bruch zum Verfasser haben. In der von ihm als Organ des städtischen Büros seit 1876 herausgegebenen Zeitschrift „Breslauer Statistik“ endlich, von welcher bereits die dritte Serie durch ihn begonnen wurde, hat er einen wertvollen Quellschatz für alle Zukunft hinterlassen. Auch außerhalb seiner reichen Amts-tätigkeit, welchen er mit veitlicher Pflichttreue obwaltete, war Bruch immer bereit, wissenschaftlichen und humanitären Interessen zu dienen. Unserer Section für öffentliche Gesundheitspflege hat er seit ihrer Gründung am 16. Februar 1875 als dritter Sekretär vorgestanden. Bruch war eine durchaus edle Natur, von anmutigen und liebenswürdigen Formen, besetzt von reinster Menschenliebe undleinlichen Anschauungen vollkommen unzugänglich, verdiente er in vollem Maße die Hochachtung und Liebe, welche ihm überall zu Theil wurden. Schwere Schicksale gingen seinem fröhlichen Ende voraus. Am 2. April 1878 unterzog er sich einer bedeutenden chirurgischen Operation, um von einem grösseren, in der letzten Zeit schnell gewachsenen Sarkome in der linken Achselhöhle befreit zu werden. Am 24. desselben Monats musste er ein schönes und begabtes Kind von 10 Jahren am acuten Herzleiden hinterlassen. Seit jener Zeit hat er die frühere Frische nie mehr wieder erlangt. Die Nahestehenden empfanden mit Bedauern, dass sein Wesen ein anderes geworden war. Von trankhafter Reizbarkeit und verstimmt nahm er an den heftigen politischen Parteikämpfen des Sommers 1878 lebhafte Theil, als es seiner eigentlichen milden, törichtlichen und stets zu zarterer Rücksicht hinneigenden Natur entsprach. Plötzlich erkrankte er dann mit den Erkrankungen eines schweren Gehirnleidens, sein Geist umnachtete sich und der Tod erfolgte nach der Diagnose seiner Aerzte an einer Geschwulst-Metastase innerhalb der Schädelhöhle.

„Ein edler und tüchtiger Mann wurde in der Blüthe seines Lebens dahin gerast, Ehre seinem Andenken.“ —

Die Versammlung gab ihrer Anerkennung der Verdienste des Dahingeschiedenen durch Erheben von den Plänen Ausdruck.

Als erster Gegenstand stand auf der Tagesordnung die Wahl eines

dritten Secretärs. Als solcher wurde gewählt der königl. Bezirksphysikus Dr. Jacob.

Dennächst hielt Professor Dr. Hermann Cohn einen längeren Vortrag über „Die Schulhäuser und Schulische auf der Pariser Weltausstellung.“ Der Vortragende knüpft einleitend an die kleine Broschüre an, die er als Separatabdruk eines Artikels in der Berliner klinischen Wochenschrift über die Schulhygiene auf der Pariser Weltausstellung vom Jahre 1867 veröffentlicht. Er schloss die damals publicirte Abhandlung mit folgenden Worten: „Vieles ist in den öffentlichen Lehranstalten, wie wir sehen, noch mangelshaft. Möchte die vorliegende Beleuchtung der hygienischen Verhältnisse in den Schulen der diesjährigen Weltausstellung dazu beitragen, in den Unterrichtsministerien aller civilisierten Völker die Überzeugung zu befestigen, dass trotz der vielen in den letzten Jahren publicirten ausgezeichneten Arbeiten deutscher und Schweizer Aerzte über die Gesundheitspflege in den Schulen, die praktische Ausführung der vorgeschlagenen hygienischen Einrichtungen noch weit zurück ist. Dann wird sicherlich auf der nächsten Weltausstellung ein grösseres, von allen Nationen gesondert, erquickliches Material den die Schulhäuser vom ärztlichen Standpunkte betrachtenden Besuchern zur Beurtheilung unterbreitet werden und die kommende Generation wird für die Schönung ihrer Gesundheit ihren Erziehern gleichen Dank wissen, als für die Bildung ihrer Geister.“

Die damals ausgesprochene Hoffnung fand ihre teilweise Erfüllung bereits auf der Wiener Ausstellung vom Jahre 1873. Auch über die dort gemachten Beobachtungen legte Professor Dr. Cohn seine Ansichten in einer Denkschrift nieder, wie er dies auch beifüllig seiner Erfahrungen auf der Pariser Weltausstellung des Jahres 1878 zu thun beabsichtigte. Die diesbeifüllige Arbeit befindet sich bereits im Druck und wird, durch 45 Abbildungen illustriert, in nächster Woche im Verlage von Morgenstern erscheinen. Mit Rücksicht auf diese den Gegenstand aussführlich behandelnde Publication beschäftigen wir uns darauf, von dem dasselbe thema erörternden Vortrag des Professors Dr. Cohn nur eine kurze Skizze zu geben.

Der Vortragende gedachte der bedeutenden Leistungen des französischen Unterrichtsministeriums für den Volksschulunterricht. Er liefert ferner eine eingehende Beschreibung der hohen Mauern, der Ventilation und Heizung des achtzigsten Ferrand'schen Schulhauses, des einzigen Schulgebäudes, welches in natürlicher Größe auf der Ausstellung vertreten war. Namentlich verdienten die Beleuchtungsverhältnisse dieser Schulhäuser Erwähnung. Die achte Seite des Gebäudes ist ein einziges Fenster von 40 Quadratmeter Glas, während sich auf der diesem Colosseunter gegenüberliegenden Seite ein, von oben aus beginnend, die Hälfte der Wand einnehmendes Fenster von 20 Quadratmeter Glas befindet. Wie bedeutend das Gesamtquantum des dadurch erzielten Lichtes ist, kann man sich leicht vorstellen. Namentlich für unsere Breslauer Schulen, wo in den seltsamsten Klassen eine Klasse das ausreichende Licht hat, sind diese Verhältnisse beachtenswerth. — Vergebens habe beispielweise der Vortragende in Wort und Schrift auf die ganz finsternen Zimmer der Elementarschule auf der Weißgerber-gasse und auf der Harrasgasse seit 18 Jahren wiederholt hingewiesen; es ist Alles beim Alten geblieben! — Des Weiteren gedenkt der Redner kurz der Vorteile der übrigen achtzehn nur in Modellen auf der Ausstellung vorhandenen Schulhäuser, wobei er die durch die Modell- und Ausstellung form bedingten Schwierigkeiten anlangt, so waren nicht weniger als 71 Systeme auf der Pariser Ausstellung vertreten, ein Umstand, der für die erfreuliche Thatsache ein Belag ist, dass sich Sinn und Verständnis für das so wichtige Schulmobilier in immer weiteren Kreisen Bahn gebrochen. Die Pariser Ausstellung vom Jahre 1857 bot nur 3 verschiedene Subsellienformen; die Wiener Ausstellung vom Jahre 1873 schon 47; die letzte Pariser Ausstellung 71, welche einzelne in dem im Druck befindlichen Broschüre besprochen werden. — Auf die einzelnen Länder in Bezug auf ihre Stellung zu der Subsellienfrage eingehend, bemerkt der Redner, dass in Russland als Unterabteilung des Kriegsministeriums ein von dem Prinzen Gavazczenko und dem General von Kochovskij geleitetes pädagogisches Museum besteht, welches alle nur vorhandenen zweckmässigen Modelle von Subsellien sammelt, prüft und die Lieferung guter Subsellien für die Schulen Russlands vermittelt. Der von Russland ausgestellte Schulisch war besonders empfehlenswert.

Des Weiteren schilbert der Vortragende eingehend die zweckmässigsten zur Ausstellung gelangten Subsellien. Aus Frankreich allein hatten sich 20 Aussteller an der Lieferung von Subsellien beteiligt, ausgestellt waren ferner Subsellien aus Belgien, Luxemburg, Dänemark, Schweden, Norwegen, Russland, Österreich, Ungarn, Spanien, England, Canada, Nord-Amerika und der Schweiz. Die Schweiz glänzte in dieser Ausstellung ganz besonders. Die 22 verschiedenen, von Unterrichtsministerien und höheren Schulbehörden nach Paris gesandten Schulische sind (mit Ausnahme des dänischen und eines Genfer Subsellis) erfreulicher Weise lörpergerecht nach den richtigen, neuen Prinzipien gebaut. Höchst beherzigenswert ist der Bericht der Schulbankcommission in Zürich, welcher dem ausgeszeichneten Zürcher Schulisch (von Wolff u. Weih) beigelegt war.

Auch die argentinische Republik und Japan hatten Subsellien ausgestellt. Nach dem Urteil des Vortragenden waren die neuen in den japanischen Schulen eingeführten Schulbänke besser und zweckmässiger, als die in Breslau in Gebrauch befindlichen. — Beifüllig des Preises einer guten Schulbanktheil der Vortragende mit, dass ein Platz bei den guten Modellen nicht unter 20 Fr. kostet; es sei aber besser, eine gute Schulbank zu höherem Preise, als dass auch hierin Neuleute mit seinem Ausspruch „billig aber schlecht“ Recht behalte. Möge die obligatorische Einführung richtiger Subsellien veranlassen, als sie leider in unseren Schulen anzutreffen sind!

An den Vortrag knüpft sich eine kurze Discussion, an welcher sich Geh-medical-Rath, Prof. Dr. Biermer, beteiligte. Bei der vorgeschrittenen Zeit wurde der noch auf der Tagesordnung stehende Vortrag des Herrn Conservator J. Thiemann „Über die mikroskopische Fleischschau“ für die nächste Sitzung verschoben.

— Bobten a. Berge, 19. Nov. [Eine gottbegnadete Jungfrau.] — Adresse. Einige Wochen lang herrschte grosse Freude im Lager der Krommen, denn rings um den Vater Bobten, der im Laufe der Zeit ja schon mancherlei erlebt hat, erscholl die frohe Botschaft: in Marzdorf, eine halbe Meile von Bobten, ist eine gottbegnadete Jungfrau! In Schaaren strömte das Volk herbei, um sich an den Verzückungen zu erfreuen. Da erscheint die Polizei und vorläufig ist vorläufig die ganze Herrlichkeit. — In den am Sonntags hier und auch in Groß-Tinz stattgefundenen Versammlung der qu. kath. Volksvereine wurde eine Zustimmungssadresse an das Centrum beschlossen, die gegenwärtig fleißig colportiert wird.

— Namslau, 18. Nov. [Lehrerverein.] Der im vorigen Monate neu gegründete Lehrerverein hielt am 15. d. M. seine zweite Sitzung. Nachdem in derselben der Vorsitzende des Vereins, Herr Prediger Dobschall von hier, die geschäftlichen Vereinsangelegenheiten erledigt, hielt er den

auf der Tagesordnung stehenden wissenschaftlichen Vortrag über „die Decimale-Buch-Rechnung in der Volksschule“. Die hierauf eröffnete Debatte war eine sehr rege und allgemeine, wobei namentlich die erläuternden Bemerkungen des Vortragenden sehr interessant waren. Für die so anregenden Gedanken seines Vortrages wurde dem Herrn Vortragenden reichlicher Beifall gezollt. Nachdem noch der Beschluss gefasst worden war, die übrigen Lehrer des Kreises zum Beitritt in den Verein aufzufordern, wurde die Sitzung geschlossen.

D.-I. Brieg, 18. Novbr. [Fleischbeschau. — Provinzialsteuern. — Verhaftungen. — Pestalozziverein. — Vortrag. — Besitzveränderungen.] In Ausführung der für die Provinz Schlesien erlassenen Polizeiverordnung, betreffend die obligatorische Untersuchung des Schweinefleisches, ist die hiesige Stadt in vier Fleischhaubekirke eingeteilt worden. — Vor dem im Jahre 1878 aufzubringenden Kosten des Landwirtenwesens der Provinz Schlesien fällt auf den Kreis Brieg ein Beitrag von 6061,48 Ml. Zu dem vom Provinzialverbande aufzubringenden Zuschüsse zu den Provinziallasten von 333,800 Ml. hat der Kreis die Summe von 5591,55 Ml. beizutragen. Es entfallen von der Gesamtsumme auf die Stadt Brieg allein 3903,62 Ml. — Vor einigen Tagen wurde eine Magd aus Groß-Piaßenthal wegen Kindesmord verhaftet. Furcht vor Schande und Mangel am Unterhalt des Kindes sollen das Motiv zu dem Morde gewesen sein. — Mit unglaublicher Frechheit suchte sich türkisch hier ein Mann aus Groß-Leubus in den Besitz einer Gans zu setzen. In dem Hause eines Gründstücks auf der Zollstraße schlachtete der Patron am hellen Tage von zwei in einem Korb befindlichen Gänsen eine ab und verachtete sie sich anzueignen. Es wurde indeß seine Thätigkeit bemerkt und der unverfrorene Gänseliebhaber dingfest gemacht. — Nach dem in der letzten Generalversammlung des Pestalozzivereins gegebenen Bericht zählt der Verein zur Zeit 63 Mitglieder. Das Vereinsvermögen beträgt 2176,93 Ml. Die Ausgaben beliefen sich im letzten Jahre auf 64,91 Ml. Die Zunahme auf 24,80 Ml. Der Verein war in der Lage, 90 Ml. als Unterstützung bewilligen zu können. — In der Section für Volksbildung sprach gestern Rector Dr. Garstädt aus Breslau über „Luft- und Meeresströmungen in ihrem Einfluss auf das Klima Europas“. — Am Freitag schloß Director Stegeman die Herbstsaison in unserm Theater mit Mosers „Mädchenchwüre“. — Das Etablissement „zum deutschen Hause“ ist in den Besitz des herren Stadtrath Gierth und Fleischermeister Brandt übergegangen, während der bisherige Eigentümer des ersten, Brauereidirector Thiel, das den Ge-nannten gehörige Gut in Schönau übernommen hat.

** Oppeln, 19. Novbr. [Die Berufung des Gymnasial-Director Dr. Wenzel] von Beuthen O.S. an das hiesige Königliche katholische Gymnasium ist, wie öffentliche Blätter melden, nunmehr erfolgt. Wir begrüßen dieselbe mit um so größerer Genugthuung, als die aus der Zeit der früheren Wirksamkeit des Herrn Wenzel am hiesigen Gymnasium in gutem Andenken stehende wissenschaftliche Thätigkeit derselben in Verbindung mit seinen in den Stellungen als Oberlehrer zu Glas und Director zu Beuthen noch erweiterten Erfahrungen auf pädagogischen und organisatorischen Gebiete sichere Gewähr dafür leistet, daß die hiesige höhere Lehranstalt wie bisher, so auch ferner eine wahre Pflanzstätte wissenschaftlicher Bildung, toleranter Geist und ernster Ordnung sein werde.

R. Lublin, 19. Novbr. [Leitungsbeschädigung. — Ausbruch natürlicher Menschen-Pothen. — Aus der Stadtverordneten-Versammlung. — Befehlung der Stadtschreiber-Schule.] Bei der letzten Revision der längs der Chaussee nach Wojschnik führenden Telegraphenleitung sind unbehältlichmäßig viele Porzellan-Doppelgloden zerstört vorgefunden worden. Es liegt die Vermuthung nahe, daß Vorübergehende oder Schul Kinder und Hüttenjungen derselben mutwillig zerschlagen haben. Nachdem dies zur Kenntnis der beteiligten Amts-, Güts- und Gemeindevorstände, sowie Gendarmen des hiesigen Kreises gebracht worden, wurden sämmtliche Polizeiorgane seitens des Landratsamtes hier selbst aufgefordert, auch auf die Telegraphen-Anlagen ihre Aufmerksamkeit zu richten. Die Postbehörde hat bereit erklärt, Demjenigen, welcher die Thäter vorsätzlichen oder fahlässiger Beschädigung der Telegraphen-Anlagen derartig ermittelt und zur Anzeige bringt, daß dieselben zum Erfolg und zur Strafe gezogen werden können, eine Belohnung bis zu 15 Mark in jedem einzelnen Falle zu bewilligen. Auch die herren Lehrer sind ersucht worden, die Schul-Kinder auf das Strafbare solcher Handlungen entsprechend aufmerksam zu machen und dieselben vor dergleichen Beschädigungen zu warnen. — In unserem benachbarten Czenstochau sind, laut einer amtlichen Meldung, die Natürlichen Menschenpoden ausgebrochen. Die diesseitigen Grenzbewohner sind hier von dem Hinweise auf die Gefahr der Ausbreitung durch den Verkehr mit Bewohnern der infizierten Gegend soeben benachrichtigt worden. Die Amts-, Güts- und Gemeindevorstände haben von jedem etwaigen Vadeckertrittsfalle nach § 44 des Regulativs vom 8. August 1835 sofortige Meldung an das hiesige Landratsamt gelangen zu lassen. Als einzige schwere Schutzmaßregel muß die Wiederimpfung aller Bewohner, die vor längerer Zeit als zehn Jahren geimpft worden sind, dringend empfohlen werden. — In der jüngsten Stadtverordneten-Versammlung wurden als Beisitzer zur Ergänzungswahl der Stadtverordneten (am 29. d.) gewählt die Herren Roth und Soncik und als deren Stellvertreter die Herren Suchanek und Apt. Als Mitglied des Kassen-Curatoriums wurde Herr Suchanek gewählt. Der Sanitäts-Commission wurden eingereiht die Herren Hermann, Wenzel, Dobrowolski und Schuster. Die am 17. Sept. beschlossene öffentliche Jagdverordnung auf dem städtischen Terrain wurde aufgehoben und beschlossen, die Waldjagd auf die Dauer von sechs Jahren und zwar vom 1. Januar 1879 bis 1. Januar 1885 für 600 Mark pro Jahr an den Major a. D. v. Wallhoffen — vor der letzten Aufführung des Reichstages Abgeordneter für Ratibor — zu verpachten. — Die durch Abschreibung des Stadtschreibers v. Kornatki erledigte gewogene Stadtsecretärstelle hier selbst ist ausnahmsweise durch den civilversorgungsberechtigten Herrn Gajmirth Johann Golombek hier selbst wieder besetzt worden.

* Ratibor, 18. Novbr. [In der Taubstummen-Anstalt] für den Regierungsbezirk Oppeln zu Ratibor werden im laufenden Schuljahre (1878/79) 155 taubstumme Kinder — 89 Knaben und 66 Mädchen — in 13 Klassen von 14 Lehrern unterrichtet; 150 wohnen in der Anstalt und finden hier vollständige Verpflegung, 5 sind Schulgänger. Sämtliche Kinder gehören bis auf 1 dem Regierungsbezirk Oppeln an. Der Unterricht-Curzus dauert 6 Jahre. Kinder, die das 8. Lebensjahr noch nicht erreicht, oder das 11. bereits überschritten haben, können keine Aufnahme finden. Katholisch sind 148, evangelisch 4, jüdisch 3. Waisen sind 38, und zwar elternlose 10, vaterlose 28. Hierzu sind auch die Kinder gezählt, deren Eltern entweder gefangene eingezogen sind, oder sich vagabondirent in der Welt herumtreiben. 7 der Jünglinge stammen aus Familien mit 2, 3 aus Familien mit 3, 1 aus einer Familie mit 4 taubstummen Kindern. Die Anstalt hat 109 Freifstellen: Von der Provinz 80, von den Kreiständen 18. Von den Kindern, die keine der genannten Freifstellen inne haben, bezahlt nur 1 die volle statutenmäßige Pension von 360 Mark jährlich; für 17 Leisten die Eltern einen jährlichen Pensionszuschuß in Höhe von 36 bis 240 Mark; für 3 andere zahlen die Gutsherrinnen, bzw. der Ortsarmenverbund 36, 54, 72 Mark. Von 4 Schülern erhält die Anstalt Schulgeld. Eltern, die ihre Vermögenslosigkeit durch ortsgünstige Atteste nachweisen, dürfen unentgeltlich Aufnahme ihrer Kinder erhalten. In der Expectantenliste sind z. B. 40 notirt, und zwar: Aus den Kreisen Leobschütz 7, Gleiwitz 6, Ratibor 5, Pleß 3, Kostel 2, Kattowitz 3, Lublin 2, Neustadt 2, Rosenberg 2, Rohrbach 2, Groß-Strehlitz 2, Beuthen 1, Crenzburg 1, Neisse 1, Tarnow 1. Aus den Kreisen Zallenberg, Grottau, Oppeln und Zabrze sind Kinder nicht angemeldet. Daß die Zahl der Expectanten eine verhältnismäßig geringe ist, dürfte seinen Grund zum Theil in den sehr starken Reaktionen der letzten beiden Jahre haben; es wurden 1877 41 und 1878 28 Neulinge in die Anstalt aufgenommen. Die Hauptursache liegt aber in der oft unerwarteten Gleichgültigkeit und Saumfreiheit der Eltern; denn obgleich die Anstalt die Herren Landräthe des Bezirks gebeten hat, die denselben zugesetzten Aufnahme-Bedingungen in den Kreisblättern zur allgemeinen Kenntnis zu bringen, ist dieser Schritt doch nicht mit dem erhofften Erfolge gekrönt worden. Wollte man annehmen, daß taubstumme Kinder in größerer Anzahl nicht vorhanden seien, so wäre das irrig. Nach der Volkszählung vom Jahre 1871 waren in der Provinz Schlesien 3357 taubstumme vorhanden. Durch die Zählung der taubstummen im Jahre 1874 wurde festgestellt, daß in unserer Provinz sich 619 taubstumme Kinder im schulfähigen Alter befinden, von denen in den 3 vorhandenen Anstalten zu Breslau, Liegnitz und Ratibor noch nicht 400 unterrichtet werden, so daß noch immer über 200 dieser Armen ohne Unterricht aufzuwachsen, vielfach der Verwahrlosung entgegen gehen, und nur zu häufig dem Verbrechen in die Arme fallen.

M. Königshütte, 19. Nov. [Ein Knabe verschwunden.] Vor etwa einem Jahre hat der Weichensteller der Oberhessischen Eisenbahn Pach hier selbst den Sohn seiner in Brieg an den Maurer Jänder verheirathet. Schwester zu sich genommen und seit der Zeit denselben in die hiesige evangelische Stadtkirche geschickt. Noch gestern, also den 18. d., wohnte Karl Jänder dem Vormittagsunterricht bei. Nachmittags erschien er in der

Klasse nicht. Auch heute blieb er der Schule fern. Da er auch die Wohnung seines Heims nicht aufgesucht hat, und die bereits angestellten Recherchen resultatlos geblieben sind, so ist zu vermuten, daß ihm ein Unglück zugefahren ist. Karl Jänder steht im zehnten Lebensjahre, ist körperlich seinem Alter entsprechend entwickelt und hat blondes Haar und blaue Augen.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung.

Bekanntmachung zur Ausführung des Gesetzes vom 3. Juli 1878 (Reichs-Gesetzblatt S. 123), betreffend den Spieltarif-Entwurf. Auf Grund der Ziffer II. Absatz 4 der vom Bundesrat beschlossenen Ausführungs-Vorschriften zum Spieltarif-Gesetz (Centralblatt 1878 Seite 403) und des § 9 des Regulativs, betreffend den Betrieb der Spieltarif-Fabriken (ebenda Seite 406), wird hierdurch Folgendes bestimmt:

I. Form des Kartensiegels.

Der Spieltarif-Siegel ist kreisförmig mit einem Durchmesser von ein und zwanzig Millimetern.

Er enthält über dem Reichsadler die Ueberschrift DEUTSCHES REICH, unter demselben die Bezeichnung der Stempelstelle durch eine Nummer, welche für jede Stelle besonders bestimmt wird, und die Angabe des Abgabenbetrages (REISSIG PF. bzw. FUNZIG PF.).

II. Farbe des Stempelabdrucks.

Die Farbe des Stempelabdrucks ist die schwarze.

III. Abzustempeln des Kartenblattes.

1) Alle Karten Spiele, welche ein Coeur-(Herz-, Roth-) As enthalten, sind auf diesem Blatt abzustempeln.

2) Bei den sogenannten Grabuge-(Rabuge)-Karten, welche ausschließlich Kartenblätter derselben Farbe in höchstens vierfacher Wiederholung enthalten, wird eines der vorhandenen vier Asblätter gestempelt.

3) Täpler-Karten, spanische und portugiesische Karten sind auf dem Denari-As oder dem diesem entsprechenden (Oro-pp) Asblatt zu stempeln.

4) Taschenspieler-Karten, in denen das Coeur-As fehlt, werden auf dem Pique-As, solche, in denen kein As vorhanden ist, auf demjenigen Bilde der Coeur-Farbe, eventuell der Pique-Farbe gestempelt, welches beim Spiele den höchsten Werth hat.

5) Französische vingt et-un-Karten, welche je 31 Blätter von verschiedenen (z. B. roter, blauer, gelber und grüner) Farben mit Zahlen von 0 bis 21, die Zahlen von 1 bis 9 doppelt, enthalten, werden auf dem rothen zero (0) gestempelt.

6) Bezüglich derjenigen ein Coeur-As nicht enthaltenden Karten Spiele, welche vorliegend zu 2 bis 5 nicht erwähnt sind, bleibt die Bestimmung des abzustempelnden Kartenblattes vorbehalten.

7) In denjenigen Bundesstaaten, in welchen zur Zeit bei gewissen Karten-Spielen die Abstempelung eines anderen, als des vorliegenden zu 1 und 3 bezeichneten Kartenblatts nachgelassen ist, kann dies Verfahren mit Genehmigung der obersten Landesfinanzbehörde, bis zum 1. Januar 1880 beibehalten werden, wenn das vorliegende zu 1 und 4 bezeichnete Kartenblatt in seiner Bedeutung einen freien Raum für den Stempelabdruck nicht enthält.

IV. Zu vernichtende Ausschüßblätter.

1) Von den ausgesonderten Ausschüßblättern sind bei Spieltarif-Spielen, welche Asblätter nicht enthalten, das nach den Bestimmungen zu III. abzustempelnde Kartenblatt und die drei gleichartigen Karten der übrigen Farben zu vernichten.

2) Bezüglich der durch die Bestimmung zu 1 nicht betroffenen Karten-Spiele bleibt die Bezeichnung der zu vernichtenden Ausschüßblätter vorbehalten.

V. Verzeichniß der Stempelstellen.

Ein Verzeichniß der Stempelstellen wird in der Anlage veröffentlicht. In demselben sind aufgeführt:

unter I. diejenigen Boll- und Steuerstellen, welchen die Erhebung der Stempelabgabe von den im Bundesgebiet fertiggestellten Spieltarif-Spielen die Abstempelung derselben übertragen ist (Ziffer I. Abs. 1 der Ausführungs-Vorschriften);

unter II. diejenigen Boll- und Steuerstellen, welche bezüglich der vom Auslande (einförmiglich des Großherzogthums Luxemburg und der österreichischen Gemeinde Jungböhmen) in das Bundesgebiet eingehenden Spieltarif-Spielen zur Erhebung der Stempelabgabe und zur Abstempelung befugt sind (Ziffer I. Absatz 2 der Ausführungs-Vorschriften);

unter III. diejenigen Amtsstellen, welche nur zur Nachstempelung von Spieltarif-Spielen ermächtigt sind (Ziffer 8 der Bestimmungen über die Nachstempelung der Spieltarif-Spielen — Centralblatt 1878 S. 408);

unter IV. diejenigen Amtsstellen, welche nur zur Abstempelung der von Reisenden oder Schiffen vom Auslande eingeführten Spieltarif-Spielen ermächtigt sind.

Die unter I. und II. aufgeführten Amtsstellen sind überall auch zur Nachstempelung befugt.

Berlin, den 2. November 1878.

Der Reichskanzler.

In Vertretung: Hofmann.

(Die Anlage enthält das Verzeichniß der zur Abstempelung und Nachstempelung von Spieltarif-Spielen ermächtigten Boll- und Steuerstellen.)

Handel, Industrie &c.

Berlin, 19. Novbr. [Wörse.] Die heutige Gründung des Landtages lieferte der Börse hinreichend Stoff zur Unterhaltung und zog sie dadurch von ihrer eigentlichen Aufgabe ab. Mit einer gewissen Spannung erwartete man die Thronrede, die jedoch erst gegen Schluss der Börse allgemeiner bekannt wurde. Die Börse glaubt der diesmaligen Session eine größere Bedeutung beilegen zu müssen, da in derselben wichtige Fragen, die in das wirtschaftliche Leben unseres Staates tiefs eingreifen werden, zur Verhandlung resp. zur Entscheidung kommen sollen. Daß die zu machenden Vorlagen den Interessen der Börse entsprechen würden, nahm man mit großer Sicherheit an und befürchte dies durch die festere Stimmung, die im Charakter des heutigen Geschäftsverkehrs zum Ausdruck kam. Die Umsätze blieben aber eng begrenzt, das Geschäft wirkte sich träge und langsam ab und es blieben daher auch die etwaigen Coursveränderungen durchaus belanglos. Die internationalen Speculationspapiere waren fast durchgängig vollständig vernachlässigt, selbst Oesterl. Creditactien zeigten gegen die geistige Notiz kaum nennenswerte Veränderungen. Franzosen verhielten sich sehr ruhig und Lombarden behielten sich überhaupt kaum am Verkehr. Die österreichischen Nebenbahnen hatten bedeutend an ihrer bisherigen Festigkeit und Beliebtheit eingebüßt. Galizien waren eher angeboten. Rudolfsbahn bewegte sich in ausgesprochen matter Haltung. Trotzdem auch auf dem Gebiete der localen Speculationseffekte der Verkehr sehr gering war, trugen die bisherigen Werthe doch eine recht feste Physiognomie. Disconto-Commandit-Anteile erhöhten auch etwas den Cours. Derselben notiren per ultimo 133,50—134,50—134. Laurahütte per ultimo 71,60—2½—2. Ausländische Staatsanleihen waren der größtmöglichen Geschäftsstille anheimgefallen, haben aber nicht gerade Coursrückgänge aufzuweisen. Russische Werthe waren etwas schwächer. 5%ige Anleihe per ultimo 80%—½. Auch in Russischen Noten wollte sich der Verkehr nicht beleben; dieselben wurden gehandelt per ultimo 199½—½. Auch Prämien-Anteile der 1864 (get.) 235, do. der 1866 (get.) 229, Russ. Anleihe de 1873—½ Impérials 8,40. Große Russische Eisenbahnen 239%, Russ. Bodencredit-Pfandbriefe 118. Privatdiscont 4½%.

Petersburg, 19. Novbr. Nachmittags 2 Uhr. [Getreidemarkt.] Roggen loco unverändert, auf Termine matt. Roggen loco unverändert, auf Termine matt. Weizen per Nov-Dec. 173 Br., 172 Br., per April-Mai 182 Br., 181 Br. Roggen per November-December 123 Br., 122 Br., per April-Mai 125 Br., 124 Br. Hafer still. Gerste ruhig. Rübs. ruhig, loco 60, per Mai 60. Spiritus still, per November 44½ Br., per November-Dezember 43½ Br., per Januar-Februar 42½ Br., per April-Mai 43½ Br. Kaffee matt. Umsatz 2000 Sad. Petroleum ruhig, Standard white loco 9, 40 Br., 9, 30 Br., per Novbr. 9, 30 Br., per November-December 9, 40 Br. — Weiter: Trübe.

Hamburg, 19. Novbr. Nachmittags. [Schluß-Course und Börsen-Nachrichten.] Londoner Wechsel 20, 442. Pariser Wechsel 80, 93. Wiener Wechsel 173, 40. Böhmis. Westbahn 138½. Elizabetbahn 138½. Galizier 20½. Franzosen 21½. Lombarden 60½. Nordwestbahn 95%. Silberrente 54. Papierrente 53%. Oesterl. Goldrente 62%. Ungar. Goldrente 72%. Italiener —. Russ. Bodencredit 73%. Russen 1872 80%. Neue russ. Anleihe 80%. Amerikaner 1885 99%. 1866er Loos 107½. 1866er Loos 261, 80. Creditactien 198%. Oesterl. Nationalbank 678, 00. Darmstädter Bank 117½. Meininger Bank 77. Hess. Ludwigsbahn 69%. Ungarische Staatsloose 154, 00. do. Schakanweissungen, alte 102%, do. Schakanweissungen, neue 98%. do. Osibahn-Obligationen 11, 63½. Central-Pacific 104. Reichsbank 154%. Reichs-Anleihe 95%. Ziemiß fest.

Nach Schluss der Börse: Creditactien 198%, Franzosen 219%. Oesterl. Goldrente —. Ungarische Goldrente —. Galizier —. 1877er Russen —.

*) Pf. f. Wien, Amerikan. Gold-Dollar-Bonds 4,18,50 bez. do. Eisenbahn-Prioritäten 4,18 bez., do. Papier-Dollars 4,16 bez., 6% New-York-City-Russ. Central-Boden min. 75 Pf. f. Pet. Poln. Papier u. ders. min. 75 Pf. Warchau-Russ.-Engl. conf. verl. 20,49—48 bez., Russ. Zoll 20,49—48 bez., 22er Russen bez., Große Russ. Staatsbahn 120, 20,20 bez., Russ. Boden-Credit 20,30 bez., Warschau-Wiener Comm. 20,15 bez., 8% Rumänische Staats-Anleihe 15, Pf. Amsterdam, Schweizer minus 50 Pf. Paris, Holländische minus 30 Pf. Brüssel, Verl. Lstr. Obligat. 20,36 bez.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Frankfurt a. M. 19. Nov., Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 20, 442. Pariser Wechsel 80, 93. Wiener Wechsel 173, 40. Böhmis. Westbahn 138½. Elizabetbahn 138½. Galizier 20½. Franzosen 21½. Lombarden 60½. Nordwestbahn 95%. Silberrente 54. Papierrente 53%. Oesterl. Goldrente 62%. Ungar. Goldrente 72%. Italiener —. Russ. Bodencredit 73%. Russen 1872 80%. Neue russ. Anleihe 80%. Amer

Concurrent machen, die sich unsere Industrie wünschen muß, so belege man sie nicht mit höhern, wären diese auch noch so niedrig — je niedriger um so unwirksamer müssten sie ja bleiben — sondern man ermäßige die Frachten in einem solchen Verhältnisse, das für unsre In- dustriebezirke ein Preis resultirt, zu welchem die Möglichkeit des Bezuges unserer inländischen Steinkohle geboten wird. Man wird dabei auch unsere Arbeiterverhältnisse nicht anwesentlich heben, eine Chance, welche sich die Regierung aus naheliegenden Gründen nicht entgehen lassen sollte. Nationelle Wirtschaft im eigenen Lande sorgt man nicht zu spät an; aber jedes Jahr, jeder Monat Versäumnis bringt uns unfehlbare Nachtheile."

Berliner Börse vom 19. November 1878.

Fonds- und Geld-Course.

Deutsche Reichs-Anl.	4	95,00	bzB
Consolidierte Anleihe	4	104,50	bzB
do. do. 1876	4	94,75	bz
Staats-Anleihe	4	94,99	bz
S. Ats.-Schuldscheine	3½	91,90	bz
Pram.-Anleihe v. 1855	4	145,90	bz
Berliner Stadt-Oblig.	4	101,80	G
do. do. 1872	4	101,56	G
Pommersche	4	84,40	bz
do. do. 1872	4	94,90	bz
L. Lndsch.-Obl.	4	102,60	bz
Posensche neue	4	94,70	bz
Schlesische	3½	86,60	G
Lndsch.-Central	4	94,75	bz
Kur. u. Neumärk.	4	96,00	G
Pommersche	4	95,80	bz
Posensche	4	95,00	bzG
Preußische	4	95,00	bz
Westfäl. u. Rhein.	4	98,90	bz
Sächsische	4	97,90	bz
Schlesische	4	96,10	bz
Badische Präm.-Anl.	4	120,75	bz
Bairische 40% Anleihe	4	123,25	bz
Cöln-Mind. Prämientisch	3½	115,40	bz
sächs. Rente v. 1876	3	72,60	bz

Wechsel-Course.

Amsterdam	100	FL	8 T. 4	168,90	bz
do. do.	2	M. 4	167,80	bz	
London	1	Lstr.	3 M. 6	20,23	bz
Paris	100	Frcs.	8 T. 3	80,95	bz
Petersburg	100	SR.	3 M. 6	197,60	bz
Warschau	100	SR.	8 T. 6	198,60	bz
Wien	100	FL	8 T. 4½	173,15	bz
do. do.	2	M. 4½	171,80	bz	

Eisenbahn-Stamm-Aktionen.

Aachen-Maastricht	Divid. pro	1876	1877	1½	4	13,75	G
Berg.-Marktsch.	3½	3½	4	77,30	bzG		
Berlin-Anhalt	6	5½	4	90,40	bz		
Berlin-Dresden	0	0	4	8,30	bzG		
Berlin-Görlitz	0	0	4	11,00	bz		
Berlin-Hamburg	11	11½	2	196,50	bz		
Berl.-Potsd.-Magde.	3½	3½	4	83,40	bzG		
Berlin-Stettin	8½	10	7½	111,90	bz		
Böh. Westbahn	5	5	6,20	etbzG			
Bresl.-Freib.	5	2½	4	64,00	bz		
Cöln-Minden	5½	20	4	103,75	bzG		
Dux-Bodenbach	0	0	4	16,30	bz		
Gal. Carl-Ludw.-B.	7	22½	4	101,75	G		
Halle-Sorau-Gub.	0	0	4	11,20	bzB		
Hannover-Altenb.	0	0	4	12,10	bzG		
Kaschau-Oderberg	4	4	44,00	bz			
Kronpr. Rudolfs.	5	5	50,25	bz			
Ludwigs.-Bexx.	9	9	4	181,25	bz		
Märk.-Posener	0	0	4	16,60	bzG		
Magdeb.-Halberst.	8	8	4	128,40	bz		
Mainz-Ludw.-G.	5	5	69,25	bz			
Niederschl.-Märk.	4	4	46,50	bz			
Oberschl. A. C. D. E.	9½	8½	3½	127,30	bz		
Oesterr.-Fr. St. 2.	5	4	44,00	50-441			
Oest. Nordwestb.	3½	5	45	189,00	bz		
Oest. Süd. (Lomb.)	0	0	4	120,50	bz		
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	39,50	etbzG		
Rechte-O.-U.-B.	6½	6½	4	103,30	bz		
Reichenberg-Pard.	4½	4	41½	35,50	G		
Rheinische	7½	7	4	108,25	bz		
do. Lit. B. (40% gar.)	4	4	92,90	bz			
Rhein.-Nah.-Bahn.	0	0	4	5,75	G		
Rumän. Eisenbahn	1	2	4	34,90	35,10	bz	
Schweiz 100 Kilo.	3½	0	4	11,30	bz		
Stargard.-Posener	4½	4½	4½	100,40	bz		
Thüringer Lit. A.	9½	7½	4	115,70	bzG		
Warschau-Wien.	6½	5	4	172,10	G		

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Aktionen.

Berlin-Dresden	0	0	5	20,50	G
Berlin-Görlitz	0	0	5	30,00	G
do. do. 11. Em.	0	0	5	21,00	bzG
Bresl.-Warschau	0	0	5	37,70	bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	5	26,90	bz
Hannover-Altenb.	0	0	5	18,00	bzG
Kohlfurt-Falkenb.	0	0	5	86,50	bzG
Märkisch.-Posener	3½	4½	4	85,20	bz
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	4½	72,90	bzB
do. Lit. C. (40% gar.)	5	5	5	73,50	bz
Ostr. Süd. bahn	5	5	5	88,60	bzG
Rechte-O.-U.-E.	6½	6½	5	11,00	bzG
Rumänier	8	8	8	86,50	bz
Saal-Bahn	0	0	5	16,00	bzG
Weimar-Gera	0	0	5	13,50	bz

Bank-Papiere.

Alg. Deut. Hand.-G.	0	2	4	27,10	bz
Anglo Deutsch-Ebk.	0	0	4	—	—
Berl. Kassen-Ver.	107½	84½	15	145,00	B
Berl. Handels-Ges.	0	0	4	60,10	bzG
Bri. Prd.-u.-Hds.-B.	6½	6	4	62,50	G
Braunsch. Bank	5	3	4	83,20	bzG
Bresl. Disc.-Bank	4	3	4	65,00	bz
Bresl. Wechslerb.	5½	5½	4	72,90	bzB
Coburg-Cred.-Bnk.	4½	7	4	104,25	G
Darmst. Creditb.	6	6½	4	116,83	bz
Darmst. Zettelb.	5½	5½	4	100,50	bz
Deutsche Bank	6	6	4	102,50	bzG
do. Reichs.-Bank	6½	6½	4	154,10	bz
do. Hyp.-B. Berlin	7½	7½	4	82,00	bz
Disc.-Comm.-Anth.	4	5	4	134,30	bz
do. ult.	4	5	4	133,50	45-46½
Genossensch.-Bank	5½	5½	4	90,50	G
do. junge	5½	5½	4	93,50	G
Goth. Grundcredb.	8	8	4	100,00	bz
Hamb. Vereins-B.	10	10½	—	—	—
Hannov. Bank	5½	14½	4	102,60	bz
Königsb. Ver.-Bnk.	6	6	4	84,90	G
Lindw.-Kwilecki	5½	4	4	52	G
Leipz. Cred.-Anst.	6	6½	4	112,00	B
Luxemburg. Bank	6	6	4	135,50	G
Magdeburger do.	6	6½	4	108,25	G
Meininger	2	2	4	76,50	bz
Nordd. Bank	8	8	4	—	—
Nordd. Grunderb.	8	8	4	48,00	bzG
Oest. Cred.-Action	11½	8½	4	65,50	G
Posener Pro. Bnk.	6½	6½	4	397½	299½
Pr. Bod.-Cr.-Act. B.	8	8	4	78,75	bz
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	9½	4	117,20	bzG
Sächs. Bank	8	8½	4	103,10	G
Schl. Bank-Verein	5	5	4	87,60	G
Weimar. Bank	0	0	4	31,75	bz
Wiener Unionsbk.	11½	11½	4	118,00	G

In Liquidation.

Berliner Bank	—